

Stadt Karlsruhe
- Ortsverwaltung Grötzingen -

Niederschrift Nr. 38

über die öffentliche Sitzung des **Ortschaftsrates**

am **21. März 2018** (Beginn 19:00 Uhr; Ende 21:02 Uhr)

im **Saal der Begegnungsstätte, Niddastr. 9**

Vorsitzende:	Ortsvorsteherin Karen Eßrich
Zahl der anwesenden Mitglieder:	16
Zahl der Zuhörer:	17
Namen der nicht anwesenden Ortschaftsräte	OSR Pepper (V), OSR Ritzel (V),
Urkundspersonen:	OSR Haschka, OSR Tamm
Schriftführer:	Hauptamtsleiter Jürgen Dehm
Sonstige Verhandlungsteilnehmer:	Frank Rieß, Amt für Hochbau und Gebäude- wirtschaft (TOP 7) Bauamtsleiter Manfred Müller

Nach Eröffnung der Verhandlung stellte die Vorsitzende fest, dass zu der Verhandlung durch Ladung vom **12.03.2018** ordnungsgemäß eingeladen wurde.

*) Der Abwesenheitsgrund wird in der Klammer durch die Kurzzeichen (K) = krank, (V) = verhindert mit Entschuldigung, (U) = unentschuldigt ferngeblieben, angegeben.

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 389. Fragen und Anregungen der Einwohnerinnen und Einwohner
- 390. Möblierung Grezzo
- 391. Erhalt der Scheune des Graff-Anwesens
(Antrag der FDP-Fraktion)
- 392. Schutz vor Sonneneinstrahlung im Augustaraum in der Begegnungsstätte
(Antrag der SPD-Fraktion)
- 393. Zuschuss des Kulturamtes zur Kulturmeile
(Antrag der SPD-Fraktion)
- 394. Erfahrungsbericht Gemeinschaftsgarten
(Antrag der CDU-Fraktion)
- 395. Sachstandsbericht zum Planungsstand der Kindertagesstätte „Am Kegelsgrund“
(Antrag der GLG-Fraktion)
- 396. Energieberatung durch Infobus
(Antrag der CDU-Fraktion)
- 397. Terminvereinbarung im Bürgerbüro
(Antrag der GLG-Fraktion)
- 398. Bauanträge
- 399. Mitteilungen und Anfragen

Vor Eintritt in die Tagesordnung verkündet die Vorsitzende, dass Sie den TOP „Sachstandsbericht zum Planungsstand der Kindertagesstätte Am Kegelsgrund“ direkt nach den Fragen und Anregungen der Einwohnerinnen und Einwohner behandeln werde.

Zu Punkt 389 der TO: Fragen und Anregungen der Einwohnerinnen und Einwohner

- a) Herr Hooß weist darauf hin, dass die Hühnerlochsleuse mit Farbschmierereien versehen wurde.
- b) Ein Bürger kommt auf den Artikel in „Grötzingen aktuell“ zum Thema Streusalz zurück. Er regt eine Initiative „Salzfreies Grötzingen“ an: alle Grötzinger Firmen (Raiffeisenmarkt, Edeka und Lidl) sollten kein Salz mehr verkaufen. OVS Eßrich macht darauf aufmerksam, dass die Ortsverwaltung für den Winterdienst im Ort verantwortlich ist und dabei auf den Einsatz von Salz nicht verzichtet werden kann. In dem Artikel, so der Bürger weiter, wurden keine Alternativen genannt und die Räumspflicht nicht erläutert. Die Vorsitzende informiert, der Artikel gehe nicht auf eine Verlautbarung des Ortschaftsrates oder der Ortsverwaltung zurück. Der Bürger erklärt weiter, es sei etwas zweifelhaft, die Nachbarn anzugehen „im Bett ist es so schön warm“. Er regt vielmehr an, den Besen zu nehmen und den Winterdienst für den Nachbarn mitzumachen, sofern er noch nicht dazu gekommen ist. OSR Tamm sagt, er habe die Veröffentlichung als Privatperson veranlasst.

Zu Punkt 390 der TO: Möblierung Grezzo

Da der große Holztisch von Guntram Prochaska im Nebenraum des Grezzo, nach Angaben des Pächters eine flexible Nutzung des Raumes nach den Bedürfnissen der Gäste und der Bewirtung nicht zulässt, soll der Tisch im Biergarten verwendet werden.

Der Tisch soll mit Querverstrebungen durch den Schreiner der Ortsverwaltung stabilisiert werden, da der Tisch längs zweitgeteilt ist. Ebenso soll der Tisch mit Öl behandelt werden, damit er für eine Verwendung im Außenbereich geeignet ist.

Behandlung Tisch

Für das Ölen des Tisches ist mit einem Zeitaufwand von ca. 4 – 5 Stunden und einem Materialaufwand von insgesamt ca. 300,- € zu rechnen.

Bänke zum Tisch

Als Sitzgelegenheiten für den Tisch wurden 4 rustikale Sitzbänke Länge ca. 2,75m, Sitzfläche 4 cm, aus Eiche natur und Lärche/Douglasie, ohne Lehnen (2 Angebote wurden abgegeben) angefragt:

Das günstigste Angebot beziffert sich auf:

Lärche/Douglasie € 822,50 St. x 4 Stück = € 2665,00 netto (Eiche: € 3.290,00 netto)

Behandlung Bänke

Ölen der 4 Bänke ca. 2 – 3 Stunden, mit Material, insgesamt ca. 200,- € netto.

Der massive Eichentisch kann im Winter draußen stehen bleiben, sollte aber mit einer Schutzplane abgedeckt werden.

Die beiden möglichen Aufstellorte des Tisches im Biergarten wurden mit dem Pächter besprochen; er ist einverstanden und würde sich mit 300,00 € beteiligen.

Möbliering zusätzliche Tische Nebenraum:

Um eine optimale Auslastung im Nebenraum zu erreichen, plant der Pächter insgesamt zehn Esstische (schwarz mit Edelstahlfuß, wie vorhanden) aufzustellen:

4 Tische 80 x 80 cm zum Preis von circa 310 € = 1.240 €

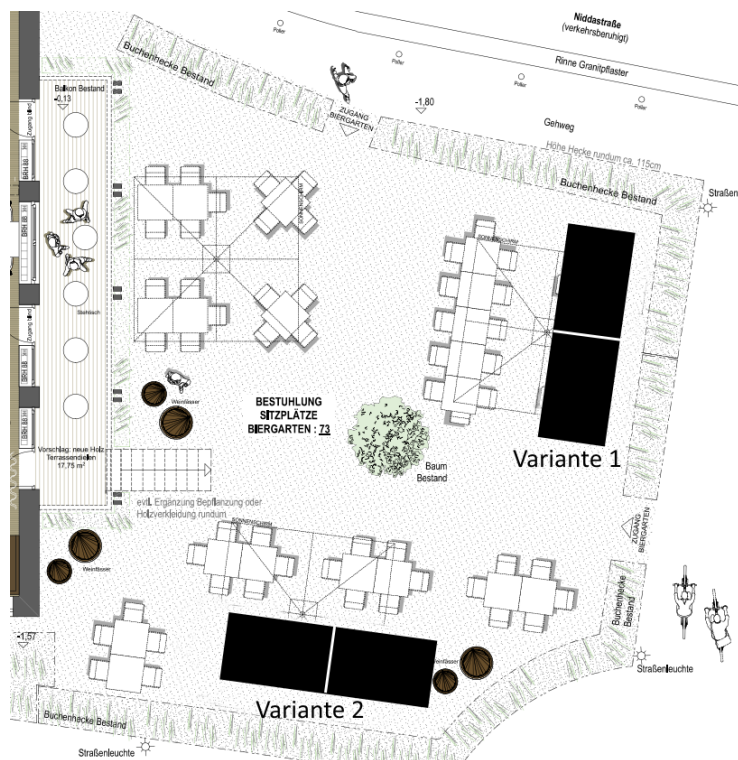
6 Tische 80 x 120 cm zum Preis von circa 380 € = 2.280 €

gesamt = 3.520 € netto

Beschlussantrag

Der Ortschaftsrat beauftragt nach Vorberatung im Ausschuss 2 „Finanzen, Personal und Soziales“ die Verwaltung

1. den Prochaska-Tisch im Biergarten des „Grezzo“ nach Variante 2 aufzustellen. Der Tisch soll mit einer Querstrebe stabilisiert und mit Öl für insgesamt 300 € behandelt werden.
2. 4 Sitzbänken aus Lärche/Douglasie, Länge ca. 2,75m, einschließlich Behandlung mit einölen für 2.865,00 € zu beauftragen.
3. 10 Tischen für das Nebenzimmer des „Grezzo“ in Höhe von 3.520,00 € zu kaufen.



Biergarten Möblierungsplan **Variante 1** und **Variante 2**

Behandlung im Ortschaftsrat:

OVS Eßrich stellt die Beschlussvorlage vor.

OSR Irmischer erklärt bezüglich des Tisches im Biergarten, die Variante 2 könne nicht funktionieren. Pfosten ständen im Weg und Bänke könne man ebenfalls nicht unterbringen.

Bezüglich der Neueinrichtung des Nebenzimmers weist die Vorsitzende darauf hin, dass es

sich lediglich um ein Beispiel handele, das im Ausschuss gezeigt wurde.

OSR Irmischer erklärt hinsichtlich des Nebenzimmers, mehrere Tische sollten auch mit der Beleuchtung einhergehen. Für unterschiedliche Nutzungsmöglichkeiten sollten die Tische mit der Beleuchtung zusammenpassen. Dabei sollte noch Geld für einen Innenarchitekten ausgegeben werden, um Vorschläge von entsprechender Qualität zu erhalten.

OVS Eßrich informiert, dass die Beleuchtung bereits geändert wurde. Wegen des Vorschlags von OSR Irmischer, einen Innenarchitekten einzuschalten, müsste ein neuer Antrag gestellt werden.

OSR Orthey findet die Art der Behandlung dieses Tagesordnungspunktes schlecht. Die Sache wurde im Ausschuss vorberaten. Sofern Herr Irmischer verhindert gewesen sei, hätte er seine Kollegen mit den Anregungen beauftragen können. Die heutige Vorgehensweise finde sie nicht gut. Ihre Fraktion folge mehrheitlich dem Verwaltungsvorschlag.

Beschluss:

Der Ortschaftsrat beauftragt die Ortsverwaltung:

1. mit acht Ja-Stimmen bei sieben Nein-Stimmen und einer Enthaltung, den Prochaska-Tisch im Biergarten des „Grezzo“ nach Variante 2 aufzustellen. Der Tisch soll mit einer Querstrebe stabilisiert und mit Öl für insgesamt 300 € behandelt werden.
2. mit neun Ja-Stimmen bei sechs Nein-Stimmen und einer Enthaltung, vier Sitzbänke aus Lärche/Douglasie, Länge ca. 2,75m, einschließlich Behandlung mit Einölen für 2.865,00 € zu beschaffen.
3. mit 13 Ja- und zwei Nein-Stimmen, zehn Tische für das Nebenzimmer des „Grezzo“ in Höhe von 3.520,00 € zu kaufen.

Zu Punkt 391 der TO: Erhalt der Scheune des Graff-Anwesens (Antrag der FDP -Fraktion)

Die FDP-Fraktion hat geschrieben:

Das Anwesen des Grötzinger Malers Graff in der Reithohl hat durch unsachgemäße Modernisierung in den 60ern sehr vieles verloren. Es gilt, zu erhalten, was an Substanz noch vorhanden ist.

Auf etlichen Bildern ist die Scheune auf dem Gartengrundstück als zentraler Bezug zu finden. Hier hat K.M. Graff als studierter Mann bäuerliche Kleinstrukturen gepflegt und sich und seine Frau -sehr modern- ein Stück weit autark und vermutlich auch ökologisch selbst versorgt: Reichhaltige Obstkulturen, eine große Zahl Hühner, Hasen, früher Ziege und Schwein gehörten zum Umfeld der alten Scheuer. Ein Teil des Graffschen Haushaltes finanzierte sich über deren Erträge.

Diese Scheuer als Teil des Anwesens ist dem Verfall überlassen. Jahr für Jahr verliert sie Substanz. Sie als Zeichen einer freigeistigen-ökologischen Strömung jener Zeit und typisches Merkmal der Eigenheit des Malers, sowie als lebendigen Gegenstand seiner Malerei zu erhalten, muss angegangen werden.

Die FDP beauftragt die OV damit, entsprechende Gelder in den nächstmöglichen Haushalt einzustellen und Sofortmaßnahmen zur Sicherung des typischen Sujets und Motives zu ergreifen.

Stellungnahme der Ortsverwaltung:

Das Grundstück mit Haus und Scheune in der Reithohl 12 in 76229 Karlsruhe ist Bestandteil des Stiftungsvermögens der unselbständigen Karl-Martin-Graff-Stiftung. Die Stiftung gehört der Stadt Karlsruhe; sie wird durch die Kämmerei verwaltet. Derzeit ist das gesamte Anwesen

vermietet. Zusammen bildet es ein Ensemble, welches die Lebensweise in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts gut darstellt.

Nach Auskunft der Kämmerei kann durch die derzeitige jährliche Ausschüttung eine Sanierung der Scheune aus Stiftungsmitteln nicht vorgenommen werden. Im Doppelhaushalt wären daher finanzielle Mittel für eine Sanierung bzw. Instandsetzung anzumelden. Im Haus werden bei Bedarf notwendige Unterhaltungsmaßnahmen durchgeführt, die dann durch die Stiftung finanziert werden.

Die Verwaltung schlägt eine vertiefende Prüfung des baulichen Zustandes der Scheune vor und ermittelt die Kosten für eine Sanierung.

Allgemein ist zu sagen, dass der Bedarf erst nach einer kostenkontrollierten Planung in den Doppelhaushalt aufgenommen werden kann. Dies wird frühestens 2021/2022 möglich sein.

Die Verwaltung schlägt daher folgende weitere Schritte vor:

1. Bedarfsermittlung sämtlicher Kosten einer Sanierung der Scheune.
2. Bis dahin Vornahme notwendiger Unterhaltungsmaßnahmen zur Sicherung der baulichen Substanz der Scheune aus städtischen IP-Mitteln, ca. 4000,-€ für Austausch kaputter Dachziegel u. Dachlatten, sowie Nachfugen des Mauerwerks.



Behandlung im Ortschaftsrat:

OSR Weingärtner legt dar, das Ensemble sollte erhalten und die Scheune vor dem Verfall gerettet werden.

OSR Jäger dankt für den FDP-Antrag und weist darauf hin, dass auch im Haus Erhaltungsmaßnahmen notwendig seien. Ihre Fraktion sehe die Angelegenheit als Geschäft der laufenden Verwaltung an und lege die Maßnahme in die Hände der Ortsverwaltung.

Die SPD-Fraktion, so OSR Fischer, schließe sich dem Vorschlag der Verwaltung an.

Die Ortsvorsteherin erkennt auch Zustimmung der GLG-Fraktion, so dass sie auf eine Abstimmung verzichtet.

Zu Punkt 392 der TO: **Schutz vor Sonneneinstrahlung im Augustaraum in der Begegnungsstätte (Antrag der SPD-Fraktion)**

Die SPD-Fraktion hat beantragt:

In den letzten Jahren, insbesondere 2016 / 2017 kam es immer wieder zu sehr starken Aufheizungen durch Sonneneinstrahlung in den oberen Räumen der Begegnungsstätte. In der Ortschaftsratssitzung vom 24. Januar 2018 wurde durch den anwesenden Vertreter der HGW der Stadt Karlsruhe zugesagt, dass im laufenden Jahr 2018 Messungen der Raumtemperatur im Niddaraum durchgeführt werden. Durch außenliegenden Sonnenschutz im Niddaraum kann die Sonneneinstrahlung gemindert werden.

Diese Messungen der Raumtemperatur muss nach unserer Einschätzung auch auf den Augustaraum, welcher durch seine nach Süden ausgerichtete Dachterrasse im Sommer sehr lange einer intensiven Sonneneinstrahlung ausgesetzt ist, erweitert werden. Dieser Raum wird regelmäßig, auch in der Sommerzeit, von den Senioren der AWO Grötzingen für ihre Veranstaltungen genutzt.

Derzeit muss die vorhandene Außenmarkise rechtzeitig (morgens) von Hand herausgedreht werden um etwas Sonnenschutz zu erreichen. Dieses -bedingt durch die Größe der Markise- kraftvolle Betätigen kann durch die Senioren nicht betätigt werden. Auch besteht die Gefahr, dass bei plötzlich auftretenden Wetteränderungen die Markise nicht mehr rechtzeitig eingefahren werden kann.

Antrag:

Die SPD - Fraktion beantragt die Messungen der Raumtemperatur auch auf den Augustaraum auszudehnen und die vorhandene außenliegende Markise mit einem Elektromotor mit Sonnen- Wind- und Regensensor auszustatten und dadurch die massive Sonneneinstrahlung in den Raum zu begrenzen.

Stellungnahme der Ortsverwaltung:

Die Ortsverwaltung hat die Fachdienststelle im Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft beauftragt die Raumtemperaturmessungen auf den Augustaraum auszudehnen. Da hierfür sommerliche Bedingungen und Temperaturen herrschen müssen, wurden die Messungen für Mitte Mai 2018 terminiert. Für die Messdauer werden ca. 2 Wochen veranschlagt und eine Woche für die Auswertung.

Bei den vorhandenen Außenmarkisen vor dem Augustaraum wird untersucht, ob hier ein elektrischer Antrieb mit entsprechenden Sensoren nachgerüstet werden kann. Auch für den Niddaraum wird untersucht, ob an der Ostfassade ein Sonnenschutz sinnvoll ist und nachgerüstet werden kann. Sobald uns hier Ergebnisse vorliegen, wird der Ortschaftsrat darüber unterrichtet.

Behandlung im Ortschaftsrat:

OSR Siegrist führt aus, im Januar seien dem Ortschaftsrat Messungen der sommerlichen Raumtemperaturen im Niddaraum aufgrund der starken Aufheizungen zugesagt worden. Anschließend habe seine Fraktion mit älteren Mitbürgern gesprochen, die sich im Augustaraum regelmäßig treffen. Aufgrund der Rückmeldungen sollten die Messungen auch auf diesen Raum ausgedehnt werden. Zudem sollte sich die vorhandene Markise automatisch herein- und herausfahren.

OSR Umstädter begrüßt die Ausdehnung der Messungen auf den Augustaraum. Den Monat Mai hält er für die Messungen für weniger geeignet, da die heißen Tage eher im Juni bis September sein werden. Seine Fraktion würde gerne das Thema Kosten genauer betrachtet haben, denn Sonnen-, Wind- und Regensensoren dürften teuer sein. Eigentlich könne seine

Fraktion darüber noch nicht abstimmen, würde jedoch einen Taster und Windsensor mitbringen.

Herr Müller antwortet, die Verwaltung wollte eigentlich früher beginnen. Die Werte des Monats Mai könnten hochgerechnet werden. Im Mai sei noch ein flacherer Lichteinfall zu verzeichnen. Für die kommende Woche sei bereits ein Treffen mit einem Anbieter terminiert.

OSR Siegrist sagt ergänzend, Sensoren seien heute durchaus üblich, so dass die Kosten nicht so hoch sein sollten.

OSR Umstädter regt an, den Antrag der SPD so abzuändern, dass eine Kostenschätzung erfolgen soll.

Beschluss:

Der Ortschaftsrat Grötzingen beschließt einstimmig:

1. die Messungen der Raumtemperatur auch auf den Augustaraum auszudehnen und nach vorheriger Prüfung und Kostenschätzung die vorhandene außenliegende Markise mit einem Elektromotor mit Sonnen-, Wind- und Regensensor auszustatten und dadurch die massive Sonneneinstrahlung in den Raum zu begrenzen.
2. Die Ortsverwaltung soll prüfen, welche geeigneten Maßnahmen getroffen werden können.

Zu Punkt 393 der TO: Zuschuss des Kulturamtes zur Kulturmeile Grötzingen (Antrag der SPD-Fraktion)

Die SPD-Fraktion hat geschrieben:

Seit Jahren wird mit der weit über Grötzingen hinaus bekannten „Grötzingener Kulturmeile“ das kulturelle Angebot im Stadtteil auf hohem Niveau gehalten. Auch die letzte Kulturmeile war für Grötzingen wieder ein großer Erfolg. Mit dem Stadtteil profitiert auch die Gesamtstadt von dieser alle zwei Jahre stattfindenden Veranstaltung. Das Kulturamt bekennt sich im neuen Stadtteilkulturkonzept zur kulturellen Eigenständigkeit von Grötzingen die ermöglicht und gefördert werden soll. Allerdings stehen die Vereine vor stetig steigenden Kosten für ein anspruchsvolles Programm, für Gagen und Bühnentechnik. Ein starker Stadtteil sei Voraussetzung für eine starke Stadt. Dies gelte besonders auch für die Kultur. Eine Menge Sponsoren unterstützen das Projekt. Um dieses hohe Niveau weiter zu halten bzw. weiter zu fördern ist es notwendig, dass sich auch die Stadt mit einem erhöhten Zuschuss daran beteiligt.

Antrag:

Die SPD-Fraktion stellt daher den Antrag, den Zuschuss des Kulturamtes der Stadt Karlsruhe für die „Grötzingener Kulturmeile“ aufgrund des qualitativ hochwertigen Programm und für die Zahlung der Gagen und Bühnentechnik auf 20.000 € zu erhöhen.

Stellungnahme der Ortsverwaltung:

Das Dezernat 2 bzw. Kulturamt antwortet dazu:

Die Verwaltung kann dem Antrag der SPD-Ortschaftsfraktion nicht entsprechen. Die beantragten Haushaltsmittel stehen im Kulturetat der Stadt Karlsruhe nicht zur Verfügung.

Ergänzende Erläuterung:

Die Kulturmeile Grötzingen hat sich zu einem wichtigen Stadtteil-Kulturfest entwickelt. Dank eines hohen ehrenamtlichen Engagements der Grötzingener Vereine, zahlreicher Menschen aus und in Grötzingen sowie der Ortsverwaltung ist es möglich, alle zwei Jahre ein anspruchsvolles und abwechslungsreiches Programm zusammenzustellen. Das Kulturamt unterstützt die Kulturmeile mit jeweils 3.000 € aus dem Projektfördertopf Bildende Kunst. Aus diesem Fördertopf werden Projekte der Künstlerförderung in der Gesamtstadt bezuschusst, u.a. auch die Offenen Ateliers in Grötzingen und Durlach. Mit der beantragten Aufstockung des Zuschusses

für die Kulturmeile wären ca. Zwei Fünftel dieser Projektfördermittel gebunden. Das ist aus Sicht des Kulturamtes - auch mit Blick auf eine gebotene stadträumliche Ausgeglichenheit der Kulturförderung - nicht vertretbar.

Behandlung im Ortschaftsrat:

OSR Siegrist legt dar, die Kulturmeile sei ein weit über Grötzingen hinausgehendes Projekt. Ortsvorsteherin, Ortsverwaltung und Ortschaftsrat kämpften um Gelder, um das Projekt auf einen angemessenen finanziellen Status zu bekommen und das Kulturamt fördert die Veranstaltung lediglich mit 3.000 Euro. Er wirbt für einen Beschluss, diesen Betrag aufgestockt zu erhalten.

OSR Hauswirth-Metzger findet den Antrag gut. „Bildende Kunst“ sei ihres Erachtens der falsche Fördertopf, hier sollte über weitere Finanzquellen nachgedacht werden.

OSR Jäger macht darauf aufmerksam, dass das Regierungspräsidium ebenfalls Stiftungen verwaltet. Auch dort könnte angefragt werden.

OVS Eßrich regt an, „Zuschuss des Kulturamtes“ zu streichen und durch „Zuschuss der Stadt Karlsruhe“ zu ersetzen. Die Gesamtstadt sollte sich über eine Förderung Gedanken machen.

OSR Siegele erinnert daran, dass mit Blick auf die Kulturmeile die ARGE gegründet wurde und möchte wissen, ob die Ortsverwaltung Mitveranstalter ist, was die Vorsitzende bestätigt.

Beschluss:

Der Ortschaftsrat beschließt mit 14 Ja- und zwei Nein-Stimmen, den Zuschuss der Stadt Karlsruhe für die „Grötzinger Kulturmeile“ aufgrund des qualitativ hochwertigen Programms und für die Zahlung der Gagen und Bühnentechnik auf 20.000 Euro zu erhöhen.

Zu Punkt 394 der TO: **Erfahrungsbericht Gemeinschaftsgarten (Antrag der CDU-Fraktion)**

Die CDU-Fraktion hat geschrieben:

In Grötzingen ist im Grezzogarten seit zwei Jahren eine Fläche zum gemeinschaftlichen Gärtnern ausgewiesen. Eine neue Allmende hat sich dazu gebildet und bepflanzt die Hochbeete. Die CDU-Fraktion beantragt einen Erfahrungsbericht vor Beginn der Pflanzsaison.

Dazu stellen sich folgende Fragen:

1. Wie hat sich die Allmende entwickelt?
2. Wie wird das Gemeinschaftsgärtnern angenommen, wie ist die Beteiligung?
3. Welche Ergebnisse sind zu verzeichnen?
4. Wurden Erträge auch von weiteren Personen aus der Bevölkerung geerntet?
5. Welche Planungen und Ziele gibt es für die kommende Saison und die Zukunft?

Stellungnahme der Ortsverwaltung

Die Verwaltung nimmt wie folgt Stellung:

1. Wie hat sich die Allmende entwickelt?

Die Allmende besteht aus mehreren Gruppen. Einige der Mitglieder haben im September 2017 einen gemeinnützigen Verein „Neue Allmende e.V.“ gegründet. Dieser Verein hat zum Ziel die Nachhaltigkeit in allen Lebensbereichen zu fördern.

Mehr Informationen finden sich auf der Internetseite: <http://wp.neueallmende.de/>

Mehrere Arbeitsgemeinschaften sind im Aufbau:

- Landwirtschaft
- Einkaufsgemeinschaft
- Bienenhaltung
- Hühnerhaltung
- öffentliches Backen

2. Wie wird das Gemeinschaftsgärtnern angenommen, wie ist die Beteiligung?

Seit Juli 2015 wird gemeinsam im Grezzogarten gegärtnert.

Seit der Gründung der Allmende im Jahr 2015 wurden zwei Hochbeete á 1,5m x 3m im Grezzogarten angelegt. Darüber hinaus ein mit Buntsandsteinen eingefasstes Rundbeet mit ca. 2m x 1,5m Ausmaß. Die Betonmauer wurde mit alten Grötzinger Buntsandsteinen und Weidenzweigen verkleidet. Um den Apfelbaum wurde die Baumscheibe mit mehrjährigen, winterharten Blumen bepflanzt.

Die Beteiligung pendelt zwischen 4-6 Familien, wovon 3 Familien die Kerngruppe bilden. Die vorhandenen Beete sind für max. 6 Gruppen ausreichend. Die Gruppe trifft sich von Frühling bis Herbst am späten Mittwochnachmittag. Weitere zusätzliche Arbeiten (z.B. Gießen) werden bei Bedarf und ohne genauen Termin durchgeführt.

Mit Interesse wurde das Gemeinschaftsgärtnern von den Grötzingerinnen und Grötzingern aufgenommen. Vorbeikommende Kinder haben zum Beispiel freudig eine Zucchini nach Hause getragen. Ein älterer Mitbürger hat den Gemeinschaftsgärtnern sogar vor 2 Jahren angeboten auf seinem Grötzinger mit zu wirtschaften. Seitdem gärtnern einige der Gemeinschaftsgärtner auf seinem Grötzinger Acker.

6. Welche Ergebnisse sind zu verzeichnen?

Die Ernteergebnisse sind als sehr gut zu bezeichnen. Es werden vor allem samenfeste Gemüse gepflanzt. Die Pflanzen werden zu einem großen Teil aus Samen des Vorjahres selbst gezogen. Über den Winter wird Feldsalat und Senf gepflanzt.

Interessierte Passanten haben sich schon Gemüse und Samen mitgeben lassen.

Die Nachbarn der angrenzenden Grundstücke sind der Gruppe freundlich zugetan.

7. Wurden Erträge auch von weiteren Personen aus der Bevölkerung geerntet?

Das Prinzip des Gemeinschaftsgarten ist es, das man generationenübergreifend gemeinsam eine Fläche pflegt und diese dann auch aberntet. Der Gemeinschaftsgarten steht jedoch allen offen und jeder der Interesse hat kann mitmachen. Es ist jedoch gut, wenn vorher Kontakt zu der Gruppe aufgenommen wird.

8. Welche Planungen und Ziele gibt es für die kommende Saison und die Zukunft?

Für die kommende Saison soll Schwarzerde getestet werden, die von einer Gruppe in Blankenloch hergestellt wird.

Die Bepflanzung der Beete wird wieder leicht verändert werden, um die Erde nicht zu einseitig auszulaugen.

Für den Herbst ist ein kleines Fest angedacht.

Behandlung im Ortschaftsrat:

OSR Siegele dankt für die ausführliche Stellungnahme und führt aus, der Ortschaftsrat habe das Projekt befürwortet und seine Fraktion habe nun wissen wollen, was Sache ist. Seines Erachtens wirken die Beete nicht so einladend, wenn man am Grezzogarten vorbeigeht.

Die Hochbeete vor dem Kinder- und Jugendhaus findet er schön. Er regt an, dass sich die Allmende mit dem Kinder- und Jugendhaus mit dem Ziel in Verbindung setzen könnte, wie ihre Beete attraktiver gestaltet werden können.

**Zu Punkt 395 der TO: Sachstandsbericht zum Planungsstand der Kindertagesstätte „Am Kegelsgrund“
(Antrag der GLG-Fraktion)**

Die GLG-Fraktion hat geschrieben:

In der Ortschaftsratssitzung vom 26. November 2014 wurde beschlossen: „Die Verwaltung wird beauftragt, das Gebäude der Kindertagesstätte Am Kegelsgrund grundlegend zu sanieren mit einem Erweiterungsbau für maximal zwei Gruppen“.

Am 27.04.2016 wurden dem Ortschaftsrat vom HGW verschiedene Erweiterungsvarianten der Kindertagesstätte Kegelsgrund (Modernisierung mit Erweiterung und alternativ Ersatzneubau) vorgestellt.

In der Ortschaftsratssitzung vom 19.07.2017 wurde vom Ortschaftsrat einstimmig (bei einer Enthaltung) beschlossen, „dass die Grundstücke Im Speitel (für Kindergarten und Wohnen) sowie im südlichen Teil von Grötzingen für den Bau einer Kindertagesstätte mit der Maßgabe der Auslobung eines Realisierungswettbewerbes ausgeschrieben werden sollen.“

Bis heute warten wir auf eine Entscheidung des HGWs hinsichtlich eines Ersatzneubaus und eines potentiellen Investors für die Kindertagesstätte Kegelsgrund.

Daher beantragen wir folgendes in Erfahrung zu bringen:

1. Wie ist der Sachstand zu den Planungen für einen Ersatzneubau des Gebäudes? (z.B. Stand der Bebauungsplanänderungen)
2. Wird der Ersatzneubau durch die öffentliche Hand erfolgen oder wird an einen Investor verkauft?
3. Falls ein Ersatzneubau durch die öffentliche Hand erfolgen soll, werden die Gelder in den Haushalt 2019/2020 eingestellt werden?
4. Falls an einen Investor verkauft werden soll, bis wann wird die Auswahl des Investors abgeschlossen und mit einem Baubeginn zu rechnen sein?

Grüne Liste Grötzingen

Stellungnahme der Ortsverwaltung:

Dezernat 6/Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft nehmen wie folgt Stellung:

1. Wie ist der Sachstand zu den Planungen für einen Ersatzneubau des Gebäudes? (z. B. Stand der Bebauungsplanänderungen)

Für den Standort Am Speitel fanden Vorabstimmungen mit dem Stadtplanungsamt statt. Die Bearbeitung soll durch die Volkswohnung wieder aufgenommen werden. Das Bebauungsplanverfahren soll vorangetrieben werden, sobald die ersten Konzepte der Bebauung vorliegen.

Die erforderlichen Gutachten wurden bereits durchgeführt bzw. sind in Bearbeitung. Über den Neubau am Standort Ringelberghohl sind die städtebaulichen Vorgaben für die Mehrfachbeauftragung weitgehend abgestimmt. Es wird angestrebt, die Bebauung ohne eine Bebauungsplanänderung umzusetzen. Die Vorbereitung der Mehrfachbeauftragung wird Mitte März wieder aufgenommen.

2. Wird der Ersatzneubau durch die öffentliche Hand erfolgen oder wird an einen Investor verkauft?

Der Neubau Am Speitel soll durch die Volkswohnung in einer Kombination aus Wohnungsbau und Kindertagesstätte erfolgen.

Der Neubau Ringelberghohl wird unter Durchführung eines konkurrierenden Verfahrens (Mehrfachbeauftragung) durch das Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft umgesetzt.

3. Falls ein Ersatzneubau durch die öffentliche Hand erfolgen soll, werden die Gelder in den Haushalt 2019/2020 eingestellt werden?

Für das Areal Am Speitel als Ersatzbau für die Kindertagesstätte Am Kegelsgrund ist eine Projektentwicklung durch die Volkswohnung und eine Bebauungsplanänderung erforderlich. Es werden in Kürze die Gespräche mit der Volkswohnung über das Projekt wieder aufgenommen. Eine Aussage in welcher Zeit das Projekt umgesetzt werden kann, kann derzeit von der Verwaltung noch nicht getroffen werden.

Eine Einstellung des Projektes Ringelberghohl in den Doppelhaushalt 2019/2020 ist wegen des erforderlichen Planungsvorlaufs nicht mehr möglich. Eine Einstellung in den Doppelhaushalt 2021/2022 wird angestrebt.

4. Falls an einen Investor verkauft werden soll, bis wann wird die Auswahl des Investors abgeschlossen und mit einem Baubeginn zu rechnen sein?

Eine Veräußerung an einen externen Investor ist nicht beabsichtigt und müsste im übrigen ausgeschrieben werden.

Behandlung im Ortschaftsrat:

OSR Schmidt-Rohr freut sich, dass Herr Rieß gekommen ist, um den Ortschaftsrat über den Kindergarten zu informieren. Die Angelegenheit sei schon eine alte Geschichte. 2014 wurde schon über Probleme im Kindergarten berichtet und man habe versucht, den Kindergarten zu sanieren. Seither sind vier Jahre vergangen und man sei nicht viel weiter. Wirklich vorangegangen sei die Angelegenheit nicht. Bedenkenswert sei, dass die Sache auch nicht im nächsten Doppelhaushalt vorgesehen werde. Zumindest sollten die Mittel eingestellt werden. Die Angelegenheit solle sich nicht noch zehn Jahre hinziehen und die Kosten für die Sanierung sollten sich nicht weiter summieren. Die Kindertagesstätte habe nur drei Gruppen und eigentlich seien vier Gruppen erforderlich.

Herr Frank Rieß, Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft, erklärt, der Eindruck sei falsch, dass nichts vorangegangen sei. Sein Amt habe sich mit dem Projekt unter dem Aspekt der Sanierung als auch der Erweiterung auf vier Gruppen ausgiebig beschäftigt. Im Rahmen der Untersuchungen habe man festgestellt, das Vorhaben sei eigentlich an diesem Standort nicht möglich. Problemfelder seien die Grundstücksgröße, Einschränkungen bei der Energieversorgung und die Baustelleneinrichtung. Daher habe man sich auf die Suche nach einem Alternativgrundstück gemacht. Zusätzlich habe sich aber auch die Bedarfssituation im Ort geändert. In Grötzingen Süd sei inzwischen mehr Bedarf als im Norden des Stadtteils gegeben, daher habe man im Dezember 2016 die Angelegenheit im Ortschaftsrat mit mehreren Varianten vorgestellt. Eine sei ein Abbruch mit Neubau an bisheriger Stelle, eine weitere die Bebauung eines Grundstücks an der Straße Im Speitel sowie der Bau einer neuen Kindertagesstätte in der Ringelberghohl. Damit wären zwei unabhängige Neubauprojekte gegeben. Nach Rücksprache mit dem Stadtplanungsamt sollte in der Straße Im Speitel zusätzlicher Wohnraum geschaffen werden, also zusätzlich zur Kindertagesstätte im Erdgeschoss in den Stockwerken darüber Wohnungen entstehen. Solche Mischkonstruktionen würden in der Stadt bisher nur von der Volkswohnung umgesetzt, was am Standort ebenfalls nicht einfach sein werde. Sein Amt sei schon guter Dinge gewesen, als der Einwand des Ortschaftsrates gekommen sei, die Stadt sollte das nicht selber machen, sondern einen externen Investor suchen. Daher habe man das Projekt in seinem Hause gestoppt.

Derzeit sei das Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft dabei, eine Mehrfachbeauftragung von Architektenleistungen für das Projekt Ringelberghohl anzuschieben. Zu zeitlichen Abläufen der Volkswohnung könne er nichts sagen. Die Volkswohnung befinde sich zudem aktuell wegen des Wechsels in der Geschäftsführung in einer Umbruchsphase.

Der Standort Ringelberghohl sei topographisch schwierig. Er hoffe, mit dem Projekt in den Haushalt 2021/22 zu kommen. Zur Zeitschiene erklärt Herr Rieß, dass für die Mehrfachbeauf-

tragung etwa sechs Monate erforderlich seien, dann erst habe man einen Architekten. Ende 2022 sei mit der Inbetriebnahme zu rechnen.

Nachdem es sich um zwei Standorte handelt, könnten beide Projekte zeitlich unabhängig voneinander geplant und gebaut werden.

Außerdem müsste der Bebauungsplan Im Speitel geändert werden, damit eine Kindertagesstätte in Kombination mit Wohnungen gebaut werden könne. Dann sei es eine Entscheidung des Gemeinderats, das Projekt in den Haushaltsplan zu übernehmen.

OSR Irmischer dankt Herrn Rieß für seine Ausführungen, bringt aber zum Ausdruck, dass die SPD-Fraktion mit der Stellungnahme auf den Antrag der GLG-Fraktion gänzlich unzufrieden sei.

Zum Kegelsgrund sagt er, dass das Grundstück nebenan der Stadt gehört, sei bereits bekannt gewesen. Es sei mit Sicherheit nichts Neues, dass man dort bauen könne. Seine Fraktion missbillige, dass der Volkswohnung ohne Ausschreibungsverfahren ein Projekt zugeschoben werden soll. Dadurch schließe man die Privatwirtschaft aus, die das Projekt wesentlich schneller verwirklichen könnte. Eltern und Kinder seien auf diese Einrichtung angewiesen. Diese Notwendigkeit spiegele sich seines Erachtens aber nicht in der Handlungsgeschwindigkeit der Behörde wider.

Zur Mehrfachbeauftragung sagt OSR Irmischer weiter, damals sei man der Meinung gewesen, das sei wegen Einbeziehung der Volkswohnung offenbar nicht mehr notwendig. Von der Größe her halte er es vielmehr für notwendig, dass ein Wettbewerb ausgelobt werde.

Von der Zeitschiene her, so OSR Irmischer weiter, habe Herr Rieß erklärt, dass es nicht möglich sein werde, noch in den Haushalt 2019/20 zu kommen. Am Kegelsgrund sei das Alternativgrundstück derzeit eine Grünfläche, das in Bauland umgewidmet werden müsse. Das nehme etwa eineinhalb bis zwei Jahre in Anspruch, um dies im Rahmen eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes umzusetzen. Hinsichtlich des Vorhabens Ringelberghohl mahnt OSR Irmischer an, nun Gas zu geben. Gespräche mit willigen Investoren habe man schon im letzten Quartal 2016 führen wollen. Hätte man die Zeit genutzt und das Projekt an einen Investor gegeben, hätte man Zuschussmittel beim Regierungspräsidium beantragen und heute den Bauantrag besprechen können. Für den Ortschaftsrat sei dies ein unschönes Thema. Der Beschluss des Ortschaftsrates sei nicht umgesetzt worden. Er empfindet es als nicht sachgemäß zu behaupten, das Projekt Am Kegelsgrund habe wegen des Ortschaftsrates gestoppt werden müssen.

Herr Rieß antwortet, Zuschüsse spielten für die zeitliche Abfolge keine Rolle. Auch der Haushalt sei für das Bebauungsplanverfahren Im Speitel irrelevant. Aber man sei an das gemeinderätliche Kostenkontrollverfahren gebunden. Alle im Haushalt 2019/20 vorgesehenen Maßnahmen würden derzeit im Bauausschuss des Gemeinderates behandelt. Eine haushaltsreife Planung für das Projekt Am Kegelsgrund werde erst nach den Terminen für den Haushaltsplan 2019/20 vorliegen. Seine Dienststelle, so Herr Rieß weiter, habe von der mitgeteilt bekommen, dass diese eine Mehrfachbeauftragung durchführen wollw. Das sei aber allein Sache der Volkswohnung, das Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft habe darauf keinen Einfluss. Zum Tempo der Bearbeitung erwidert Herr Rieß, wer die Situation vor Ort und das Ersatzgrundstück kenne, wisse, dass hier das Thema Altlasten eine große Rolle spiele und es sich aktuell um Grünflächen handele, für die im Vorfeld einer Bebauungsplanänderung eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen war. Man habe sich intensiv damit beschäftigt, nur sei das in der Öffentlichkeit nicht wahrnehmbar.

Was die Frage des Investors angehe, habe das Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft, so Herr Rieß weiter, zwar eine Meinung, eine Entscheidung dazu werde jedoch auf Dezernats-ebene getroffen.

OSR Weingärtner dankt der GLG-Fraktion für den Antrag; zu dem Thema habe der Ortschaftsrat die ganze Zeit keine Informationen erhalten. Sie habe den dringlichen Wunsch, dass

die Kindertagesstätte Kegelsgrund baldmöglichst in einen guten Zustand versetzt werde. Sie schlägt vor, die Kindertagesstätte Ringelberghohl so rasch wie möglich umzusetzen, dann würden die Interimskosten für die Kita Kegelsgrund nicht so hoch. Wenn sie das richtig verstanden habe, sei die Volkswohnung zu einem Einstieg nur bereit, wenn weitere Wohnungen entstehen. Die FDP-Fraktion sei nicht für eine Bebauung Im Speitel. Die Wohnsituation ist ihres Erachtens dort bereits ausgereizt, die letzten freien Flächen sollten so belassen bleiben. Herr Rieß äußert, es sei eine rasche Umsetzung beabsichtigt. Was die Grünflächen anbelangt, werde ein Grundstückstausch vorgenommen, so dass nach Abriss der Kindertagesstätte Am Kegelsgrund an dieser Stelle wieder eine Grünfläche entstehen soll. OSR Weingärtner ergänzt, eine Grünfläche sei für die Kinder an der Pfinz attraktiver als an der Straße.

Herr Rieß erläutert, eine Aufstockung der Kindertagesstätte Kegelsgrund sei statisch schwierig und eine Erweiterung der Einrichtung in der Ebene nicht möglich. Eine Sanierung am jetzigen Standort sei nicht sinnvoll.

OSR Weingärtner sagt, die Information, dass sich das Grundstück nicht eigne, hätte der Ortschaftsrat bisher nicht gehabt, was von mehreren Mitgliedern der anderen Fraktionen bestritten wird.

OSR Schuhmacher kommt nochmals auf die Zeitschiene zu sprechen. „Rasch“ bedeute, unter glücklichen Umständen komme das Projekt in den Haushalt 2021/22. Dann habe man Geld und die neu errichtete Kindertagesstätte könnte dann 2025 bezogen werden. Das störe seine Fraktion. Die öffentliche Hand habe aufgrund des Rechtsanspruchs der Kinder eine Verpflichtung zur dringlichen Handlung. Es müssten daher Möglichkeiten geprüft werden, Haushaltsmittel zu erhalten. Sein Vorschlag sei eine Verpflichtungsermächtigung für den Neubau Ringelberghohl für den Haushalt 2019/20. Hinsichtlich des Kegelsgrundes, so OSR Schuhmacher weiter, gebe es im Ortschaftsrat schon seit Jahren eine Diskussion. Der bauliche Zustand sei mangelhaft und so müsse weiter Geld in eine Ruine investiert werden. Nun wolle man Wohnraum schaffen in einem dicht besiedelten Bereich. Er fragt, warum die Grünfläche nicht genutzt werde, um Container für den laufenden Betrieb aufzustellen, so dass der Neubau der Kindertagesstätte an der jetzigen Stelle errichtet werden könnte.

Herr Rieß antwortet zur Zeitschiene, dass eine Mehrfachbeauftragung sechs Monate in Anspruch nehme, da eine Auslobung usw. erfolgen müsse. Dann stehe erst der Architekt fest. Architekturbüros seien voll ausgelastet, die Wirtschaft brumme. An dem Zeitfenster lasse sich nichts einsparen. Sein Amt bekomme auch immer wieder Ärger mit der Kämmerei, dass es mit Verpflichtungsermächtigungen ankomme. Der Haushaltsplan 2019/20 sei schon so voll mit Projekten, dass er es nicht für erfolgversprechend hält, eine Verpflichtungsermächtigung genehmigt zu bekommen. Im Übrigen dürfe das Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft nicht mehr Mittel ausgeben als eingeplant. Das führe zu einem Projektstillstand. Vor der Haushaltsfreigabe dürften auch wegen möglichen Ersatzansprüchen keine Ausschreibungen vorgenommen werden. Was die Eröffnung angeht, habe er von 2022 gesprochen, nicht von 2025.

Für Container, so Herr Rieß, reiche der Platz neben dem Radweg an der Pfinz nicht aus. Die ebene Fläche sei zu klein, es müsste aufwändig Gelände eingeebnet werden, was wirtschaftlich nicht vertretbar sei.

OSR Jäger bekräftigt, dass eine komplexe Situation vorliege. Begonnen habe das Thema bereits 2004. Dann sei eine weitere Gruppe gekommen und es habe sich weiterer Bedarf abgezeichnet. Danach sei ein möglicher Neubau Ringelberghohl dazugekommen, den sie für die Lösung schlechthin für den Weiterbetrieb bzw. die Interimslösung für den Kegelsgrund halte. Es sei die Hoffnung des Ortschaftsrates bei einer externen Lösung gewesen, dass weder eine Ausschreibung, noch eine Haushaltsplanung und auch keine Verpflichtungsermächtigung erforderlich seien. Aus der Stellungnahme gehe hervor, dass die Stadt das nicht wünsche. Sie fragt, wer verantwortlich zeichne für diese Haltung. Ihres Erachtens dürfte es Im Speitel keine

schnelle Lösung geben. Erste Widerstände zeichneten sich ab.

OVS Eßrich antwortet, dies sei vom Dezernat 6 ausgegangen; die abschließende Entscheidung habe das Dezernat 1 getroffen. Sie habe darauf hingewiesen, dass der Ortschaftsrat damit nicht einverstanden sein werde. Die Stadt habe aber auch daran Interesse, mehr in die Trägerschaft zu gehen.

OSR Irmischer betont, er habe Herrn Rieß als Vertreter der Stadt, nicht nur des Amtes für Hochbau und Gebäudewirtschaft gesehen. Er bittet um Weitergabe seiner Kritik. Die Entwicklung des Themas sei ein leidiges Thema für den Ortschaftsrat. Kinder und Eltern haben einen Anspruch auf einen Kindergartenplatz. In dieser Situation sollte entschieden werden, den Bau einer Kindertagesstätte an Externe zu geben, die in eineinhalb Jahren fertiggestellt werden könnte. Seines Erachtens sei es nicht zumutbar, bei der Ringelberghohl zwei bis drei Jahre zu verlieren. Die Stadtplanung habe die Ansicht, den Privaten genau vorzuschreiben, wer was zu tun hat, insofern sei die Zurückhaltung gegenüber der Volkswohnung seltsam. 2016 habe eine Kollegin von Herrn Rieß als Zeitrahmen für eine Mehrfachbeauftragung drei Monate angegeben; heute begründe Herr Rieß eine Frist von sechs Monaten.

Herr Rieß betont, Frau Ortsvorsteherin Eßrich habe genügend getan, um in der Stadtverwaltung die Angelegenheit zu besprechen. Der Volkswohnung, so Herr Rieß weiter, könne die Stadt nicht vorschreiben, wie sie eine Mehrfachbeauftragung durchführe. Die Mehrfachbeauftragung könne in einer Frist von drei Monaten durchgeführt werden, allerdings benötige das Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft vorher und nachher noch Zeit.

OSR Schuhmacher schlägt vor, die Angelegenheit aufzugreifen und heute als Ortschaftsrat ein Signal zu setzen, indem er auf die Dringlichkeit hinweise und eine Verpflichtungsermächtigung für den Haushalt 2019/20 verlange, um planerisch weiterarbeiten zu können.

Die Ortsvorsteherin erwidert, das gehe heute nicht. Das wäre ein neuer Antrag, der gesondert behandelt werden müsste.

OSR Siegele äußert, acht Prozent der Kindertagesstätten in Karlsruhe seien in städtischer Hand. Im Jour fixe mit Herrn Oberbürgermeister Mentrup wäre seines Erachtens die Möglichkeit gewesen, den Chef auf die Angelegenheit anzusprechen. Die Vorsitzende erwidert, das habe sie getan.

OSR Hauswirth-Metzger sagt, sie wolle den Vorschlag von OSR Schuhmacher aufgreifen. Es hindere den Ortschaftsrat niemand, einen interfraktionellen Antrag zu stellen.

OSR Irmischer ergänzt, die Fraktionsvorsitzenden könnten einen Brief an den Oberbürgermeister schreiben, der gerne auch von allen Ortschaftsräten unterschrieben werden kann. Dabei handele es sich um eine Petition, in der der Ortschaftsrat auf die Dringlichkeit der Sache hinweist und verlangt, eine Verpflichtungsermächtigung in den Haushaltsplan 2019/20 aufzunehmen.

Er möchte am Folgetag ein Schreiben an die einzelnen Ortschaftsräte senden, das von allen unterschrieben werden könnte.

Zu Punkt 396 der TO: **Energieberatung durch Infobus **(Antrag der CDU-Fraktion)****

Die CDU-Fraktion hat geschrieben:

Die Stadtwerke bieten neben den Kundenberatungszentren auch Energieberatung vor Ort mit dem Infobus (M 58 laut Klimaschutzkonzept) an. Auch hier in Grötzingen sollte dazu wieder einmal Gelegenheit geboten werden.

Die CDU-Fraktion beantragt:

- dass der Infobus der Stadtwerke zur Energieberatung nach Grötzingen kommt und
- dass die Ortsverwaltung die Bevölkerung im Vorfeld darüber so informiert, dass diese Aktion auch entsprechend wahrgenommen wird.

Stellungnahme der Ortsverwaltung:

Laut Information der Stadtwerke gab es früher einen „Info-Bus“ – dieses Angebot wurde jedoch durch die vielen anderen und sehr individuellen Beratungen abgelöst. Die Beratung wird u.a. im persönlichen Gespräch, Telefonat, in Vortragsreihen, zu Hause oder per Internet angeboten.

(siehe auch: <https://www.stadtwerke-karlsruhe.de/swk/privatkunden/energiedienstleistungen/energieberatung/>)

Das nächstgelegene Kundenzentrum vor Ort ist in der Pfinztalstr. 65. Neben Fragen zur Stadtwerke-Rechnung, zu den Tarifen für Strom, Erdgas, Fernwärme und Trinkwasser können auch Fragen zu den Förderprogrammen beantwortet werden. .

Die Straßenbahnhaltestelle "Friedrichschule" ist fast vor der Tür, Kurzzeitparkplätze sind ganz in der Nähe. Der Eingang ist barrierefrei.

Die Stadtwerke bieten an, zu einem abgestimmten Termin in Grötzingen eine Informationsveranstaltung vorzunehmen, sofern dies gewünscht ist.

Behandlung im Ortschaftsrat:

OSR Jäger legt dar, ihre Fraktion habe sich mit dem Klimaschutz beschäftigt. Dabei sei man auf die Anregung gekommen, Beratung vor Ort anzubieten. Der Infobus der Stadtwerke wurde mangels Resonanz eingestellt, weshalb Infoabende eine Alternative darstellten. Ihre Fraktion freue sich, dass die Stadtwerke eine Veranstaltung anbieten wollen. Im Vorfeld sollten die Ortsverwaltung, Vereine und Gruppen in Grötzingen die Veranstaltung bewerben.

Die Vorsitzende regt an, dass ein Thema vorgeschlagen werden sollte, zu dem die Veranstaltung stattfinden solle. Sie informiert, dass die Karlsruher Energie- und Klimaschutzagentur GmbH (KEK) inzwischen mit vorbereitenden Untersuchungen für die Ortsmitte begonnen hat und es für erforderlich hält, die Hauseigentümer zu Energieeinsparmaßnahmen zu beraten.

OSR Jäger äußert, als Knielingen zum Sanierungsgebiet erklärt wurde, habe die KEK die Gelegenheit beratend begleitet.

OVS EBrich sagt, eine Informationsveranstaltung der Stadtwerke zu dem Thema könne die Sache nur unterstützen.

Zu Punkt 397 der TO: Terminvereinbarung im Bürgerbüro (Antrag der GLG-Fraktion)

Die GLG-Fraktion hat geschrieben:

Seit Sommer 2017 wird die Terminvereinbarung für Anliegen der Bürger in den Bürger- bzw. Servicebüros der Stadtteile über das Online-Vergabesystem Tempus geregelt. Dazu muss auf der entsprechenden Internetseite www.karlsruhe.de das gewünschte Anliegen ausgewählt werden. Anschließend werden die möglichen freien Termine Karlsruhe weit aufgelistet und es kann ein Termin gewählt werden.

Für Grötzingen zeigte sich jetzt, dass Angelegenheiten, die in den Aufgabenbereich des ansässigen Bürgerbüros fallen, nicht über die Vorschlagsliste aufgerufen werden können.

Dadurch ist eine Online-Terminvereinbarung dazu nicht möglich.

Fehlende Punkte sind dabei:

- Sozialwesen einschl. Wohngeld, Grundsicherungsrente
- Stadtwerke (Wasser-/Gas-/Strom)

- Personalwesen
- Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen, Controlling
- Abrechnung und Belegung Begegnungsstätte
- Verwaltung von Stiftungen
- Zuschüsse an Sport-, Kultur- und andere Vereine
- Verwaltung städt. Wohnungen und Grundstücke (Vermietung, Verpachtung)
- Hallenbadangelegenheiten
- Hiebs- und Kulturplan Gemeindewald
- Bürgergabholz
- Rentenberatung
- Obstversteigerung
- Jagdscheine
- An-, Abmeldung von Hunden
- Gewerbean-, ab- und ummeldungen
- Ausgabe von Anträgen auf Erziehungsgeld
- Schwerbehindertenausweise
- Ferienpässe, Landesfamilienpässe
- Verkauf von Fahrkarten KVV, Fahrplänen, Stadt- und Wanderkarten u. a.

In einer Stellungnahme vom 25.10.2017 nach einer Anfrage der CDU-Ortschaftsratsfraktion wurde versichert, dass im Bürgerbüro neben dem Schalter für Onlinetermine auch zwei Schalter für Termine mit Wartemarke vorgesehen sind. Damit wäre gewährleistet, dass Bürger ihr Bürgerbüro vor Ort benutzen können und nicht durch ganz Karlsruhe für ihr Anliegen fahren müssten. Dieser Hinweis fehlt jedoch auf der Internetseite der Stadt.

Sucht man das Bürgerbüro Grötzingen über die Seite www.Karlsruhe.de/Bürgerdienste/Ämter und Dienststellen, ist das Büro nicht gelistet.

Daher beantragen wir:

1. Die Aufgabenbereiche der Servicebüros werden überprüft und die Terminvereinbarungsseite entsprechend erweitert bzw. aktualisiert.
2. Die Internetseite der Stadt zur Online-Terminvereinbarung weist darauf hin, dass auch eine Terminvereinbarung über Wartemarken vor Ort am selben Tag möglich ist.
3. Das Bürgerbüro Grötzingen wird mit einem Link auf der Seite Ämter und Dienststellen der Stadt Karlsruhe gelistet.

Stellungnahme der Ortsverwaltung:

Die Stadt Karlsruhe bietet unter www.karlsruhe.de unter der Rubrik „Bürgerdienste“ der Stadtverwaltung

a) Informationen zu **aktuellen Themen** = „News“

b) Informationen zu **häufig nachgefragten Themen** wie

- Abfallentsorgung
- Terminvereinbarung
- Fundbüro

c) Information zu **frei wählbaren Themen**

➔ Auto Verkehr Kfz-Zulassung, Führerschein, Bußgeld, Parken, Straßenverkehr, Verkehrsüberwachung, Umweltzone	➔ Ver- und Entsorgung Biotonne, Papiertonne, Altpapiersammlung, Schadstoffsammlung, Sperrmüll, Abwasser, Störungsmeldungen	➔ Ausländer Ausland Aufenthaltstitel (eAT), Staatsangehörigkeit, Niederlassungserlaubnis, Studium, Ausbildung, Visum, Aufenthaltserlaubnis, Verpflichtungserklärung
➔ Staat Bürger Pass, Ausweis, Meldewesen, Ehe, Lebenspartnerschaft, Geburt, Namensgebung, Adoption, Vaterschaft, Urkunden, Kirchenaustritt, Sterbefall, Einbürgerung, Führungszeugnis	➔ Ordnungswesen Demonstrationen, Jagdschein, Waffenschein, Sprengstoff, Fischerei, Fundbüro, Hundehaltung, Lärmschutz, Lebensmittelüberwachung	➔ Soziales Elterngeld, Kinderbetreuung, Arbeitslosengeld, Unterhalt, Bafög, Karlsruher Pass, Schwerbehinderte, Bibliotheksausweis, Rechtliche Betreuung, Parkerleichterung
➔ Arbeit Gewerbe Gaststättenangelegenheiten Gewerbe anmelden, Gewerbeerlaubnis, Konzessionen, Gewerbesteuer, Vergnügungssteuer, Führungszeugnis	➔ Wohnen Mietspiegel, Zweitwohnungssteuer, Wohngeld, Wohnraumförderung, Wohnsitz anmelden	➔ Bauen Bauantrag, Abgeschlossenheitsbescheid Denkmalschutz, Entwässerungsgebühren

an.

Für zahlreiche Dienstleistungen bietet die Stadt Karlsruhe sowohl in den **Fachabteilungen** als auch in den **Bürgerbüros** die Möglichkeit einer online-Terminvereinbarung an.

Für Fragen der **Fachabteilungen** wie Ausländerbehörde, Fundamt, Gaststättenbereich und Gewerbewesen können in der Innenstadt ebenfalls Termine vereinbart werden.

In den **Bürgerbüros der Ortsverwaltungen** werden ausschließlich Dienstleistungen aus dem Pass- und Meldewesen sowie dem KFZ-Wesen über das Kundenterminsystem „Tempus“ angeboten. Hierbei können Termine entweder online im Internet oder telefonisch über die Behördenrufnummer 115 vereinbart werden. Bei einer persönlichen Vorsprache im Bürgerbüro wird ein Termin mittels „Wartemarke“ vergeben. Der Termin ist entweder noch am selben Tag möglich (bei freien Terminkapazitäten) oder an einem frei zu wählenden Termin in den folgenden Tagen. Für das Bürgerbüro anfallende Personal- und Sachkosten werden über das Ordnungsamt verrechnet.

Allgemeine Verwaltungsaufgaben fallen in den Zuständigkeitsbereich der Ortsverwaltung und können während den Öffnungszeiten ohne zeitliche Einschränkung angefragt werden. Außerhalb aber auch während der Öffnungszeiten können Termine gerne telefonisch vereinbart werden.

Die von der GLG angesprochenen Punkte sind wie folgt zuzuordnen:

- Sozialwesen einschl. Wohngeld, Grundsicherungsrente
- Stadtwerke (Wasser-/Gas-/Strom)
- Personalwesen
- Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen, Controlling
- Abrechnung und Belegung Begegnungsstätte
- Verwaltung von Stiftungen
- Zuschüsse an Sport-, Kultur- und andere Vereine
- Verwaltung städt. Wohnungen/Grundstücke (Vermietung, Verpachtung)
- Hallenbadangelegenheiten
- Hiebs- und Kulturplan Gemeindewald
- Bürgergabholz
- Rentenberatung
- Obstversteigerung
- Jagdscheine (Innenstadt)
- An-, Abmeldung von Hunden (Innenstadt)
- Gewerbean-, ab- und ummeldungen (Innenstadt)
- Ausgabe von Anträgen auf Erziehungsgeld
- Schwerbehindertenausweise
- Ferienpässe, Landesfamilienpässe
- Verkauf von Fahrkarten KVV, Fahrplänen, Stadt- und Wanderkarten u. a.

Leistungen Ordnungsamt	Leistungen Ortsverwaltung
	x
	x
	x
	x
	x
	x
	x
	x
	x
x	
	x
	x
x	
x	
x	
	x
	x
	x
	x

In Grötzingen wurden ein Internet-Online-Schalter sowie zwei Arbeitsplätze mit Wartemarken eingerichtet und stehen Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung. Das ist allerdings nur bei Vollbesetzung möglich. Vertretungen bei Personalausfällen können aufgrund der erforderlichen Zusatzausbildung nicht kurzfristig erfolgen.

Das Bürgerbüro der Ortsverwaltung ist über die Seite über die Seite **www.Karlsruhe.de/Bürgerdienste/Ämter und Dienststellen/Ortsverwaltung Grötzingen** gelistet.

In einem gemeinsamen Projekt zwischen Ordnungsamt, dem Amt für Informationstechnik und Digitalisierung sowie den Ortsverwaltungen mit dem Thema „Neukonzeption Bürgerservice“ soll nun überlegt werden, wie der Bürgerservice verbessert und die Online-Dienste ausgebaut werden können. Es ist Ziel der Stadtverwaltung weiterhin über verschiedene Kommunikations-Kanäle erreichbar und ansprechbar zu sein, auch schon wegen der unterschiedlichen Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger. In der Zukunft sollen daher weiterhin persönliche Beratung und Vorsprache, genauso wie die telefonische und digitale Erledigung von Verwaltungsangelegenheiten möglich sein.

Die Anregung auf der Internetseite bei der Online-Terminvereinbarung

<https://www.karlsruhe.de/b4/buergerdienste/terminvereinbarung/>

auch darauf hinzuweisen, dass über Wartemarken vor Ort bei freien Kapazitäten Termine am selben Tag möglich sind, werden wir weitergeben. Ebenso sollte ein Hinweis erfolgen, dass auch über die Behördenrufnummer der 115 eine Terminvereinbarung für Angebote des Bürgerbüros möglich ist.

Behandlung im Ortschaftsrat:

OSR Dr. Vorberg teilt mit, sie habe in den letzten Monaten verschiedene Dinge in Wettersbach erledigt. Auf der Online-Terminvereinbarungsseite hätte sie diverse Aufgaben nicht aufgelistet gefunden. Ihre Fraktion hatte mehrere Dinge nicht verstanden, wie zum Beispiel, dass man Fahrkarten und Angelegenheiten des Familienpasses ohne Termin erledigen könne. Allerdings habe sie wegen dieser Dinge nicht durch das Grötzingener Bürgerbüro an anderen Kunden vorbei durchgehen wollen. Nun habe ihre Fraktion erfahren, dass eine räumliche Trennung durchgeführt werden soll, so dass die Erledigung dieser Angelegenheiten erleichtert werde.

OSR Umstädter dankt für den Antrag. Auf die CDU seien mehrfach Bürger zugekommen und hätten über ihre negativen Erfahrungen zu „Tempus“ berichtet. Seines Erachtens müsse geprüft werden, wie Verbesserungen vorgenommen werden können, die aktuelle Praxis im Bürgerbüro sei kein Bürgerservice mehr.

OVS EBrich antwortet, seit einer Woche sind Online-Buchungen wieder möglich, so dass Internettermine für den aktuellen Tag gebucht werden können.

OSR Umstädter sagt, das Verfahren sei sehr komplex und überhaupt nicht verständlich. Das System sei schlecht. Im Internet erhalte man keinen Termin, man komme vorbei, ziehe eine Wartemarke und bekomme ebenfalls keinen Termin. Freiwillig komme zurzeit niemand mehr nach Grötzingen. Nun müsse unbedingt gehandelt werden.

OSR Jäger sagt, „Tempus“ gelte nur für das Pass-, Kfz- und Meldewesen. Sie möchte wissen, ob sie beim Bürgertelefon „115“ zum Beispiel wegen eines Zuschuss an einen Sportverein einen Termin vereinbaren könne.

Die Ortsvorsteherin informiert, dass unter der Telefonnummer „115“ eine konkrete Beratung zu bestimmten Themen wie Abfallentsorgung erfolge und hinsichtlich „Tempus“ dort auch die Einbuchung eines Termines vorgenommen werde.

OSR Schmidt-Rohr wirft ein, sie habe sehr viele Beschwerden gehört. Früher sei im Bürgerbüro alles wunderbar gewesen. Sie habe erfahren, der Umgang mit dem Thema in Grötzingen liege in der Organisationsfreiheit der Ortsverwaltung.

Die Vorsitzende antwortet, in allen Ortsteilen, in denen „Tempus“ noch nicht eingeführt wurde, gibt es viele Warteschlangen, hier müssten auch die Mitarbeiter geschützt werden.

OSR-Schmidt-Rohr führt weiter aus, durch „Tempus“ führen alle Bürger durch die Stadt, die Bürger sollten besser dorthin gehen, wo sie leben

OVS EBrich sagt, derzeit herrsche infolge Krankheit mehrerer Personen Personalmangel im Bürgerbüro. „Tempus“ habe positiv zur Folge, dass viele Personen aus Karlsruhe nach Grötzingen kommen. Sie sehe darin auch eine Stärkung des Bürgerbüros, denn der Besuch durch Grötzingener Bürger sei im Verhältnis zur gestiegenen Gesamtzahl weniger geworden.

OSR Schmidt-Rohr sagt, früher sei der Service wunderbar gewesen und heutzutage bekomme man innerhalb von zwei Wochen mitunter keinen Termin mehr.

Die Vorsitzende betont, es handelt sich in dieser Angelegenheit um ein Geschäft der laufenden Verwaltung. Der Ortschaftsrat könne einen Antrag auf Abschaffung von „Tempus“ stellen, dann müsse dies aber für die Gesamtstadt erfolgen. In der Innenstadt warte man mitunter vier Wochen auf einen Termin.

OSR Schuhmacher erklärt, es sei Aufgabe der Ortschaftsräte, auf Missstände hinzuweisen. Vor nicht allzu langer Zeit habe das System noch gut funktioniert. Es sei nun Aufgabe der Ortsvorsteherin zu entscheiden, wie sie auf die Missstände reagiere. Er wünscht eine Rückmeldung in einer der nächsten Sitzungen.

OVS EBrich erwidert, sie möchte das nicht innerhalb einer Ortschaftsratssitzung machen. Sie wolle das Thema in einer anderen Veranstaltung mit dem Ortschaftsrat behandeln. Der Ortschaftsrat könne die Verwaltung beraten, wie er die Angelegenheit besser regeln würde.

Zu Punkt 398 der TO: **Bauanträge**

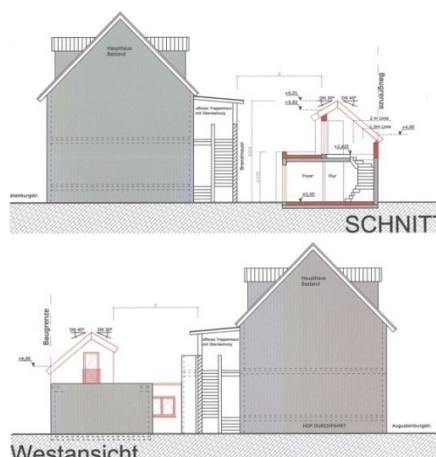
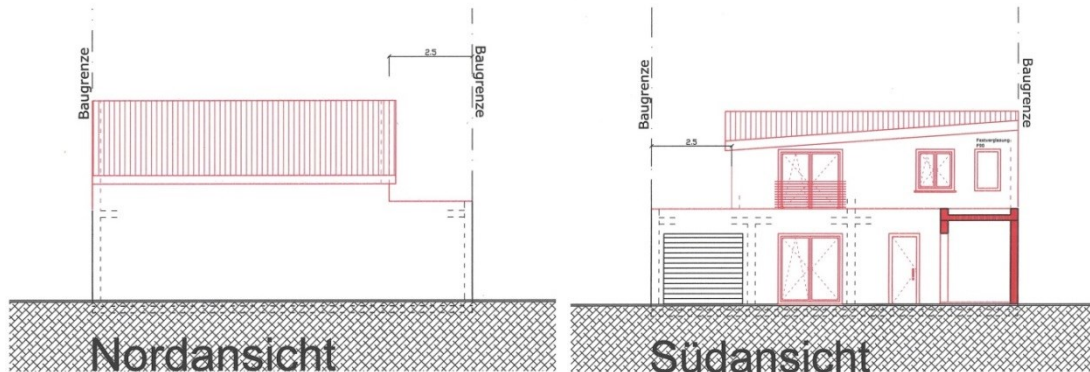
Nutzungsänderung und Aufstockung eines Nebengebäudes zu Wohnzwecken und Erweiterung eines Balkons am Hauptgebäude Augustenburgstr. 19, 76229 Karlsruhe

Das Bauvorhaben liegt im B-Plangebiet 593, Martin-Luther-Straße.
Es gibt keine Abweichungen vom Bebauungsplan.

In der Vergangenheit gab es bereits folgende Vorgänge und Anträge:

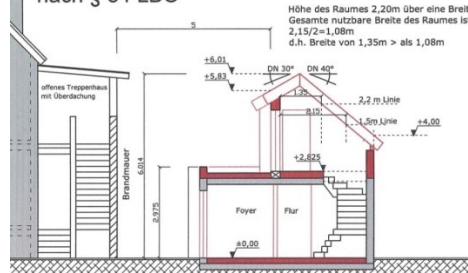
1. Eine Bauvoranfrage zur Nutzungsänderung von einem Schuppen in eine Wohnung wurde dem Ortschaftsrat am 26.10.2016 vorgestellt.
Der Ortschaftsrat lehnte diese Voranfrage ab; das BOA erteilte am 29.12.2016 die Baugenehmigung.
2. Ein Bauantrag für eine Nutzungsänderung und Aufstockung des Nebengebäudes zu Wohnzwecken sowie Erweiterung des Balkons am Wohnhaus wurde dem Ortschaftsrat in der Offenlage vom 24.08.2017 vorgestellt. Die Abstandsflächen zwischen Haupt- und Rückgebäude waren zu gering. Der Ortschaftsrat stimmte dem Vorhaben nicht zu. Der Antrag wurde vom Antragsteller zurückgezogen.

Im aktuellen Antrag sind die Abstandsflächen ausreichend, da die Wandhöhe im Nebengebäude verringert wurde. Ein Lageplan war beim Antrag noch nicht dabei; dieser ist angefordert.



Legende:
 ■ Bestand/vorhandene Bauteile
 ■ neues Mauerwerk/neue Bauteile
 ■ Brandmauer

Nachweis der Aufenthaltsraumqualität nach § 34 LBO



Beschluss:

Der Ortschaftsrat stimmt dem Vorhaben einstimmig zu.

Zu Punkt 399 der TO: **Mitteilungen und Anfragen**

- a) Die Ortsvorsteherin informiert, dass vom Ordnungsamt für den Karl-Jäck-Weg ein Verbot für Lastkraftwagen von über 3,5 Tonnen ausgesprochen wurde.
- b) OVS EBrich teilt mit, dass die Richtungspfeile an der Ampel Bruchwaldstraße/B 3 erneuert wurden.
- c) Die Tunnelrevision, so die Ortsvorsteherin, wird in der Zeit vom 26. – 28.03.2018 durchgeführt, so dass der Tunnel an diesen Tagen in den Abendstunden zwischen 19 Uhr und 5.30 Uhr gesperrt ist. Ab Donnerstag, 29.03.2018, 5.30 Uhr, ist der Tunnel wieder uneingeschränkt befahrbar.
- d) Die Vorsitzende gibt zur Kenntnis, dass die Sanierungsarbeiten am Dach der Kindertagesstätte Obere Setz für die Zeit ab Juli vorgesehen sind.
- e) Die Ortsverwaltung, so die Sitzungsleiterin weiter, hat bezüglich der Fischtreppe an der Pfinz vom Regierungspräsidium und dem Ingenieurbüro die folgende Mitteilung erhalten: „Als Ersatz für die gefälltten Bäume ist dabei nicht nur eine Begrünung, sondern auch eine Bepflanzung angestrebt, die als Nebeneffekt den freien Blick auf die gegenüberliegende Mauer einschränkt. Wie diese konkret ausfallen wird, ist zum jetzigen Zeitpunkt jedoch noch nicht abgestimmt.“
- f) Die Ortsvorsteherin gibt zur Kenntnis, dass das Land Baden-Württemberg die landesweite rechtsverbindliche Unterschutzstellung der bereits bestehenden Flora-Fauna-Habitat-Gebiete (FFH-Gebiete) mittels Sammelverordnungen durch die Regierungspräsidien plant. Hintergrund ist eine entsprechende Forderung der EU-Kommission. Die unteren Naturschutz-, Forst- und Landwirtschaftsbehörden wurden bereits durch Schreiben des Umweltministeriums vom 15.12.2017 vorinformiert.

Es ist vorgesehen, die gemeldeten FFH-Gebiete flurstücksscharf im Maßstab 1:5000 abzugrenzen und die Erhaltungsziele rechtsverbindlich festzulegen. Die Verordnungen führen zu keinen zusätzlichen rechtlichen Vorgaben oder Verpflichtungen. Die bisherigen Ge- und Verbote (Verschlechterungsverbot nach § 33 BNatSchG sowie die Prüfung der Verträglichkeit von Projekten und Plänen nach §§ 34 und 36 BNatSchG) gelten unverändert fort.

Allerdings können sich durch die flurstücksscharfe Abgrenzung Abweichungen zur bisherigen Gebietskulisse ergeben.

Die offizielle Beteiligung der Träger öffentlicher Belange wird voraussichtlich im Laufe des März 2018 erfolgen. Die Unterlagen werden zudem im Zeitraum vom 09.04. bis 08.06. öffentlich beim Regierungspräsidium ausgelegt. Bis zum Ende der Offenlage können Einwendungen erhoben werden. Die Bekanntmachung der Offenlage ist am 16.03.2018 im Amtsblatt erfolgt.

- g) OVS EBrich teilt mit, dass ab heute bis zum 28.03.2018 die Entwürfe des Architektenwettbewerbs des Schlosses Augustenburg im Foyer der Begegnungsstätte jeweils von 9 Uhr bis 19 Uhr ausgestellt werden.

- h) Der Zwischenbericht 12 zur Baustelle Augustenburg Gemeinschaftsschule, so die Ortsvorsteherin, liegt wie üblich aus.
- i) Die Vorsitzende gibt zur Kenntnis, dass die Fieblertreppe wieder begehbar ist.
- j) Die Ortsvorsteherin weist auf folgende Termine hin:
 - die Ortsverwaltung ist wie die Stadtverwaltung am Gründonnerstag, 29.03.2018, ab 12 Uhr geschlossen, das Bürgerbüro schließt wegen einer Besprechung aber bereits um 10 Uhr
 - der Arbeitskreis Baggersee tagt am 16.04.2018
 - der nächste Runde Tisch Inklusion findet am 26.04.2018 um 18 Uhr statt.
- k) OSR Hauswirth-Metzger möchte wissen, ob es zum Gutachten Baggersee etwas Neues gebe, was von OVS Eßrich verneint wird.
- l) OSR Hauswirth-Metzger interessiert, ob das Urteil des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg inzwischen vorliege. Die Ortsvorsteherin möchte dazu etwas im nichtöffentlichen Teil der Sitzung sagen.
- m) OSR Hauswirth-Metzger fragt nach dem Termin der öffentlichen Veranstaltung zum Gehwegparken. Auch dazu möchte die Vorsitzende im nichtöffentlichen Teil informieren.
- n) OSR Hauswirth-Metzger erkundigt sich, ob die Auftaktveranstaltung für den Klimaschutz schon terminiert sei.
- o) OSR Haschka fragt nach, warum das Friedhofstor seit einer Woche mit einer Kette verschlossen ist. OVS Eßrich antwortet, das Tor sei über Nacht offen gestanden und dürfe nur vom Bestattungsinstitut und den dort tätigen Gartenbaubetrieben geöffnet werden. OSR Haschka weist darauf hin, dass auch Rollstuhlfahrer dort hineingefahren sind.
- p) OSR Weingärtner kommt auf den Wettbewerb zur Kunst im öffentlichen Raum an der Schule zurück und möchte wissen, ob inzwischen schon eine Auswahl getroffen wurde. Die Vorsitzende verneint das.
- q) OSR erkundigt sich nach dem aktuellen Zeitplan für die Rathaussanierung. Herr Müller berichtet, dass im Rahmen von Untersuchungen im Erdgeschoss Asbest gefunden wurde. Über den Umfang liegen noch keine Erkenntnisse vor, ebenso nicht, welche Maßnahmen konkret getroffen werden.
Derzeit werden die Innenwandflächen verputzt. Die Dachtraufen wurden geöffnet. Auf Nachfrage von OSR Schuhmacher informiert Herr Müller, die Glocke wurde abgestellt, da das ganze Rathaus stromlos gemacht werden musste, weil keine FI-Schalter vorhanden waren. Die Baustromversorgung ist sichergestellt. Die Heizung im ersten Obergeschoss läuft bereits.

Vorsitzende

Ortschaftsrat

Protokollführer